

„Einheit im Kampf gegen faschistischen Terror!“

Gemeinsamer Appell der Bezirksleitungen der SPD Berlin-Brandenburg und der Roten Hilfe Berlin-Brandenburg vom 29. Juni 1935

Eine Terrorwelle unerreichten Ausmaßes rast über Deutschland hinweg. Massenverhaftungen, Mißhandlungen, Morde sind an der Tagesordnung: Matern, Krüger, Fiete Schulze hingerichtet; Husemann (SPD), Jürgensen (KPD) in Fuhlsbüttel erschossen; Helene Glatzer (KPD), Jakobs (SPD) im Gefängnis ermordet; Brandes (Gewerksch.), Maddalena, Stamm, Rembte in Lebensgefahr. Das sind nur einige Namen der weit über hundert allein in den letzten Wochen Ermordeten und der Zehntausende, die täglich im Kerker vom Tode bedroht sind.

Hamburg meldet:

Jede Woche ermordet die Gestapo 2 Antifaschisten! Über tausend Verhaftungen! Prozeß gegen 74 Arbeiter wegen gemeinschaftlichem Mord!

Westdeutschland meldet:

Überall neue Massenverhaftungen! Berliner Gestapo mordet im Wuppertal.

Sachsen meldet:

Große Erregung wegen Reinsdorfer Explosion! Gestapo verhaftet wahllos Hunderte Männer und Frauen.

Berlin meldet:

Blindwütiges Toben der Gestapo in allen Bezirken! Massenverhaftungen von ehemaligen SPD- und KPD-Anhängern und christlichen Werktätigen! Wiederauflöschung des Richardstr.-Prozesses, Todesurteile drohen!

Was ist mit Ernst Thälmann? Was ist mit Mierendorf? Was ist mit Ossietzky?

Riesengroße Gefahren drohen den Führern der Arbeiterschaft und allen anderen Antifaschisten, die in den Kerkern des Hitlerfaschismus sitzen. Der brutale Terror soll den Widerstand der Werktätigen gegen die kriegstreiberischen Maßnahmen der Hitlerdiktatur brechen und ist somit ein Teil der direkten Kriegsvorbereitung. Der Kampf gegen den faschistischen Terror und die Hilfe für die Opfer dieses Terrors werden zu wichtigen Kampfhandlungen zur Erhaltung des Friedens.

In der Erkenntnis, daß die Lage äußerst ernst ist und nur einheitliche Aktionen der Arbeiterklasse erfolgreich sein können, sind die unterzeichneten Leitungen der SPD und der Roten Hilfe ein Abkommen eingegangen, in dem sie sich unbeschadet ihrer sonstigen politischen und weltanschaulichen Einstellung verpflichten:

- a) zu gemeinsamen Kampfmaßnahmen gegen faschistischen Terror und gegen Spitzel und Provokateure,
- b) zur gemeinsamen Unterstützung der Opfer des faschistischen Terrors ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit und Weltanschauung,
- c) zu gemeinsamen Maßnahmen zur Aufbringung der Mittel für die Unterstützungen,
- d) zur Schaffung organisatorischer Voraussetzungen für die Durchführung der Arbeiten.

Indem die unterzeichneten Leitungen dieses bekanntgeben, verpflichten sie die ihnen untergeordneten Gruppen und Leitungen, allen Anweisungen der bezirklichen Instanzen in bezug

auf die. gemeinsame Arbeit Folge zu leisten und auch ihrerseits die größtmögliche Initiative auf dem Gebiet einheitlicher Kampfmaßnahmen zu entfalten.

An alle Gegner des faschistischen Terrors über den Rahmen der unterzeichneten Organisationen hinaus richten diese den Appell, nicht abseits zu stehen, sondern auch ihrerseits mit allen Kräften mitzuhelfen, die einheitliche Front gegen den faschistischen Terror noch mehr zu verbreiten.

Es lebe der Kampf der geeinten Arbeiterklasse und aller Werktätigen gegen faschistischen Terror und Kriegsvorbereitung, für die Befreiung Thälmanns, Mierendorfs, Brandes, Ossietzkys und anderen eingekerkerten Antifaschisten!

Berlin, 29. 6. 35

Bezirks-Vorstand der RHD Bez. Berlin-Brandenburg
Bezirks-Leitung der SPD Bezirk Berlin-Brandenburg

(aus: Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands. Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914-1946, Dietz Verlag, Berlin 1954, Seite 366-367.)